

Studie im Auftrag der Finanzplatz München Initiative (fpmi)

GVB >

Pressemitteilung

18.10.2016

Gros: Europas Finanzaufsichtsbehörden intensiver kontrollieren

München, 18. Oktober 2016 – Die Arbeit der europäischen Finanzaufsichtsbehörden wird nicht ausreichend überwacht. Das geht aus einer heute veröffentlichten Studie hervor, die das Centrum für Europäische Politik (cep) im Auftrag der Finanzplatz München Initiative (fpmi) angefertigt hat. Die Autoren haben in der gut 60-seitigen Publikation zehn Handlungsempfehlungen formuliert, um die Kontrollmechanismen über die Europäische Bankenaufsicht EBA, die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA sowie die Europäische Aufsichtsbehörde für Versicherungen und betriebliche Altersvorsorge EIOPA zu verbessern.

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) ist Mitglied der fpmi und begrüßt die Vorschläge der Wissenschaftler. Dazu stellt GVB-Präsident Jürgen Gros fest: „Die zunehmende Dichte der Finanzmarktregulierung führt dazu, dass die europäischen Aufsichtsbehörden immer mehr technische Regulierungsstandards ausarbeiten. Doch wer stellt sicher, dass die Flut an Detailregeln auch tatsächlich den politischen Willen der Gesetzgeber widerspiegelt und damit demokratisch legitimiert ist? In der Vergangenheit gab es immer wieder Gründe, daran zu zweifeln. Es ist daher dringend erforderlich, EBA, ESMA und EIOPA genauer auf die Finger zu schauen und wirksamere politische und rechtliche Kontrollmechanismen zu installieren. Die Empfehlungen des Centrums für Europäische Politik bilden dafür eine gute Grundlage.“

Die Studie lässt sich auf der [fpmi-Webseite herunterladen](#).

Florian Ernst

Pressesprecher

Telefon 089 2868-3401

Fax 089 2868-3405

E-Mail fernst@gv-bayern.de

GVB >

Pressemitteilung

18.10.2016